

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Verlagsgeldern und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: 10 Pfennig (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden - A. / Geschäftsstelle und Expedition:   
Hauptbahnhofstr. 2 / Fernspr.: 211 Dresden Nr. 1353, Carl Schlegel  
Redaktion: Dresden - A. / Hauptbahnhofstr. 2 / Fernspr.: 211 Dresden Nr. 1729 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltenen Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreizehnsässigen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden - A., Hauptbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bedröhung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 9. Februar 1927

Nummer 33

## Gewährlicher Bürgerblut gegen die Erwerbslosen

Die Rolle der SPD

Bei der Behandlung der kommunistischen Erwerbslosen-  
anträge am Sächsischen Landtag stand nicht nur der Bürgerblut,  
wie nicht anders zu erwarten war, geschlossen gegen diese An-  
träge. Sondern auch die SPD leistete dem Bürgerblut Billig-  
stellung. Schon bei der ersten Beratung über die oben genann-  
ten Erwerbslosenanträge zeigte es sich, daß alle bürgerlichen  
Parteien, sowie die SPD weiter nichts übrig haben für die  
Erwerbslosen, als Worte. Die kommunistische Partei wies  
deshalb mit Recht schon im Wahlkampf darauf hin, daß auch  
der neue Landtag die alte Politik der kapitalistischen Ausbeu-  
ter verfolgen wird, und daß die beste Garantie, die Forderung  
der Erwerbslosen durchzusetzen, nur im Zusammenschluß aller  
Vorkämpfer zum Sturz der kapitalistischen Gesellschafts-  
ordnung liege.

Eine wichtige Etappe auf diesem Weg ist vor allem auch die  
Einkämpfung der freien Gewerkschaften und ihre Vertreibung von den  
Führern der MSPS. Auch bei der Behandlung der kommunisti-  
schen Erwerbslosenanträge im Landtag zeigten diese Verräter  
ernstlich, daß sie durch die und dann mit dem Bürgerblut auch  
weiterhin gehen werden.

Wenn die MSPS den sozialdemokratischen Antrag unter-  
stützte, in geschah dies erstens aus tatsächlichen Gründen und zweitens  
mühte die MSPS, daß ein solcher Antrag, wie er von der  
SPD gestellt wurde, der Bürgerblutseits keine Bahn her-  
zaufweist.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion (Druck-  
sache Nr. 15) der nach der ersten Beratung im Plenum dem Haus-  
wirtschaftsausschuß überwiesen wurde, stand in der Landtagssitzung  
vom 8. Februar zur zweiten Beratung und wurde vom Bürger-  
blut und der SPD abgelehnt.

Was fordern die Kommunisten in ihrem Antrag:

Erstens, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu  
beauftragen, bei der Reichsregierung die sofortige Auszahlung  
des vom Reichstag beschlossenen 30 bzw. 20 Prozent Erhöhung  
der Erwerbslosenunterstützung, sowie eine generelle Unter-  
stützung von 50 Prozent. Diese 50prozentige Erhöhung der Er-  
höhung der Erwerbslosenunterstützung wurde bekanntlich im so-  
zialdemokratischen Ausschuß des Reichstags auch von den Sozial-  
demokraten unterstützt. Aber mit Rücksicht auf ihre Koalitions-  
politik ließ die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre im  
Ausschuß vertretene Forderung im Plenum des Reichstags fallen.  
Es wurde eine Erhöhung von 30 bzw. 20 Prozent beschlo-  
sen. Die Reichsregierung hat diesen Beschluß der Volksover-  
treter natürlich nicht durchgeführt. Sie handelte in diesem  
Falle ähnlich wie das geschäftsführende Reichskabinett später  
in Bezug auf die vom Landtag beschlossenen 10 000 000 Mark.  
Unter Antrag im Landtag verlangte deshalb unter anderem,  
daß die sächsische Regierung von der Reichsregierung fordern  
soll, die bereits beschlossene Erwerbslosenunterstützung rückwärts  
bis zum 8. November sofort auszusuchen.

Zweitens forderten wir, daß allen Erwerbslosen eine ein-  
malige Beihilfe von 50 RM, bis zu 12 Wochen und 75 RM,  
über 12 Wochen Erwerbslosigkeit, sowie jedem Familienmitglied  
zu RM zu gewährt seien; außerdem Beilegerung der Erwerbs-  
losen mit Lebensmittel, Feuerungsmaterial und Milch für  
Kinder.

Die Bürgerblutregierung behauptet, es sei dafür kein Geld  
vorhanden. Wir haben gegenwärtig in Sachsen rund 200 000  
Erwerbsunterstützungsempfänger. Würde jeder einzelne Erwerbs-  
lose eine einmalige Beihilfe von 100 RM erhalten, so wären  
das 20 000 000 RM. Der neue Polizeierlös für das Jahr  
1927 betrug aber allein die Summe von 43 345 210 RM, vor;  
also ist der Polizeierlös Geld vorhanden, für die Erwerbslosen nichts.

Drittens verlangten wir Erstattung der Miete für alle Er-  
werbslosen, Wegfall der Mietsteuer und eine Neuordnung,  
wenn Erwerbslose und Arbeitsloseempfänger nicht aus den Woh-  
nungen herausgeholt werden können, wenn sie im Verzug mit  
ihren Miete bleiben.

Es ist außer Zweifel, daß die Hausagrarier rücksichtslos  
gegen mitleidige Mieter vorgehen, wenn sie durch lange Er-  
werbslosigkeit, Kurzarbeit oder Krankheit mit ihrer Miete im  
Rückstand bleiben, und die Gerichte unterstützen die Hauswirte  
in ihrem Kampf gegen die Mieter.

Witens verlangten wir, daß alle Erwerbslosen im Frei-  
staat Sachsen nur zweimal Rumpeln gehen sollen.

Zünftens, daß Erwerbslose und Arbeitsloseempfänger, allen  
über 60 Jahre alten Personen ihr aufgesehertes Sparguthaben  
sofort auszuschütten soll.

Schon bei der Behandlung dieser Fragen im Ausschuß B  
war es ein Vertreter der SPD, der diese unsere Forderung als  
überflüssig hinstellte. Diesen Ausführungen des SPD-Red-  
ners schloß sich selbstverständlich der Abgeordnete Lippe von der  
Deutschen Volkspartei an.

Welcher ging natürlich noch weiter und erklärte sogar, daß  
die Erwerbslosenfürsorge eine fittliche Gefahr bedeute.

Von der SPD wurde im Ausschuß — um doch wenigstens  
etwas zu tun — ein Antrag gestellt, welcher besagte, die  
sächsische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung für die  
Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen einzutreten.

Dieser dem Bürgerblut ungeliebte Antrag wurde im  
Ausschuß sowie im Plenum mit Hilfe der MSPS auch ange-  
nommen.

Die Aufwärtler, die im Ausschuß für den sozialdemokrati-  
schen Antrag eintraten, stimmten bei der Schlußberatung im  
Plenum dagegen.

Der Vertreter der Wirtschaftspartei vertrat die Meinung,  
daß die Not der Erwerbslosen gar nicht so groß sei, wie sie die  
Kommunisten schilderten und daß der Mitleidstand noch viel schlech-  
ter dastünde.

Seine Rede war eine einzige Schimpfkonade gegen die  
Erwerbslosen, und er wurde mit Recht am Weiterreden ge-  
hindert.

## Deutschnationaler Volksbetrug

Ein Rückzugsmannöver zur Rettung der Ministerfröhe

Die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche inner-  
halb der Parteigruppierungen, die in Sachsen die Bürger-  
blutregierung bilden, brechen täglich aufs neue durch.  
Die Aufwertungspartei und die Völkischen sind bei einer  
Reihe Abstimmungen bereits mehrfach aus der Bürger-  
blutfront ausgebrochen. Die Deutschnationalen haben de-  
kanntlich bei der Regierungsbildung unter dem Druck der  
Aufwertungspartei auf die Bezeichnung eines Ministerpostens  
verzichtet müssen. Nach Vereinbarungen mit den Koali-  
tionsparteien sollen die Deutschnationalen am 1. Juni als  
Minister in das Kabinett einziehen. Deshalb der Streit  
um R 13. Der abgelegte Schmutz- und Schandminister  
soll nach dem Wunsche der Demokraten in Sachsen Aus-  
schußminister werden. Tritt R 13 sein Amt als Innen-  
minister in Sachsen erst an, dann fürchten die Deutschna-  
tionalen, daß er auf keinem Sessel so fest stehen wird,  
daß sie ihn nicht wieder herunterbekommen. Aus diesen  
Gründe auch die Opposition der Deutschnationalen gegen  
R 13. Berufung als Innenminister. Wie die Entscheidung  
auch fallen wird, unter allen Umständen werden sich die  
Deutschnationalen für die Teilnahme am Bürgerblut gut  
bezahlen lassen.

Inzwischen haben sich die Deutschnationalen wieder  
einmal gründlich blamiert. Kurz vor der Regierungs-  
erklärung brachten die Deutschnationalen einen Antrag auf  
Festsetzung der Ministerpensionen ein. Nach diesem An-  
trage sollten die Minister, wenn sie nicht aus dem Berufs-  
beamtentum hervorgegangen sind, weder Übergangsgeld  
noch Pension erhalten. Im Jahre 1924 wurde im Gesetz  
über die Dienststellung der Minister eine Abänderung von  
der Großen Koalition durchgeführt, die die Pension des  
Ministerpräsidenten feststellte. Der deutsch-  
nationale Antrag hätte in der Praxis heldt um seinen  
Zweck gebracht.

Der Abgeordnete Lippe besah nicht den Mut, seine Aus-  
führungen im Ausschuß auch im Plenum zu wiederholen; aber  
Dr. Eckardt (Deutschnational) erklärte, daß die Erwerbslosen  
zu Teil noch ein Geschäft machen könnten.

Die Argumente der sozialdemokratischen Fraktion gegen  
unseren Antrag waren lenkbar. Sie haben sich zuziehen  
mit der Verleugung der Bürgerblutregierung; ihr Sprecher er-  
klärte, daß die Erhaltung von Mietsteuern durch die Er-  
werbslosen nicht gebilligt.

Aber die Erwerbslosen sind anderer Auffassung. Sie wissen,  
daß sie Mietsteuern bezahlen müssen, wenn mehrere Fam-  
liemitglieder soweit Einkommen haben, daß die Freizeite  
überliegen wird.

In bezug auf die Forderung, daß die Erwerbslosen nur  
zweimal wöchentlich Rumpeln sollen, erklärte die SPD, daß in  
den meisten Fällen die Erwerbslosen nur einmal in der Woche  
Rumpeln zu gehen brauchen. Auch in dieser Frage werden die  
Erwerbslosen am besten beurteilt werden, ob diese Forderung  
der kommunistischen Fraktion berechtigt ist und wir konnten  
auch den Nachweis erbringen, daß nur mit ganz wenig Aus-  
nahmen die Erwerbslosen im Freistaat Sachsen mindestens  
dreimal wöchentlich Rumpeln gehen müssen.

Die Regierung lehnte selbstverständlich auch diese Forde-  
rung kategorisch ab, sie fand hier eine Stütze bei der Sozialdem-  
okratischen Partei.

Zu den übrigen Forderungen, die in unserem Antrag ent-  
halten waren, schwenk sich die Sozialdemokratische Partei aus.

Die kommunistische Fraktion wies bei der Schlußberatung  
mit Recht darauf hin, daß wir in der Erwerbslosenberatung  
die Haltung des Bürgerbluts und der SPD zu den  
kommunistischen Erwerbslosenforderungen bekanntmachen  
werden und wir zweifeln nicht daran, daß die Erwerbslosen diese  
als überflüssig betrachten, sondern daß sie gemeinsam mit der  
Kommunistischen Partei für diese Forderungen kämpfen werden.

Genau so, wie es den Erwerbslosenentwürfen gegangenen ist.  
Genau so, wie es den Erwerbslosenentwürfen gegangenen ist,  
ging es auch den Anträgen der KPD in bezug auf die Arbeits-  
zeit und der Erwerbslosenfürsorge.

Der Bürgerblut hat also gleich zu Anfang seines Bestehens  
erneut sein reaktionäres Gesicht gezeigt. Um so mehr ist es  
Aufgabe der Erwerbslosen — in Verbindung mit den in Ar-  
beitsstehenden — die außerparlamentarischen Kräfte zu mobi-  
lisieren und mit dem allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse um  
Lohn und Arbeitszeit Kampf gegen den Bürgerblut und für die  
Auflösung des Landtags zu organisieren.

## Vom Wirtschaftskriegschauplatz Wachsender Kampfeswille der Metallarbeiter

Leipzig, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ab-  
brochung der Gesamtaussparung der sächsischen Metallarbeiter  
erfolgte von den Unternehmern in ultimativem Form. An den  
MWH wurde mitgeteilt, daß die Streikenden in Leipzig späte-  
stens Freitag früh die Arbeit aufnehmen und die 24-Stunden-  
wöchens annehmen müssen, widrigenfalls die Gesamtaussparung  
ab Montag erfolgt. Dieses Ultimatum hat unter den Leipziger  
Metallarbeitern die Kompensationsfähigkeit ungeheuer gestärkt.

Zwischen den Regierungsparteien hat über den An-  
trag der Deutschnationalen inzwischen ein lebhafter Aus-  
handel stattgefunden. Zunächst haben die Deutschnationalen  
die Ablehnung ihres Antrages von der Tagesordnung er-  
reicht. Nunmehr haben sie ihren Antrag abgedreht dem  
Landtag erneut vorgelegt. In der letzten Sitzung konnt  
der demagogische, volksverräterische Charakter des Antrages  
noch viel offensichtlicher zum Vorschein. Es geht den  
Deutschnationalen bei ihren Anträgen zur sogenannten  
Bereinsparung und Sparbarkeit in der Staatsverwaltung  
nicht um wirkliche Ersparnisse. Die Meute des Beamten-  
abbaues hat gezeigt, daß alle „Ersparnisse in der Staats-  
verwaltung“ auf Kosten der arbeitenden Beamenschaft und  
letzten Endes der breiten Massen durchgeföhrt werden. Be-  
kannntlich kann es gar nicht genug Ministerfröhe geben, wenn  
die Deutschnationalen in die Regierung hineingehen. Und  
die Mittel für Reichswehr, Marine, Polizei und Justiz  
können den Deutschnationalen nie hoch genug sein.

In dem abgeänderten Antrag der Deutschnationalen  
über die Ministerpension übersteigt jedoch die Demagogie  
der Deutschnationalen alles bisher Dagewesene. In dem  
Antrag ist als neu folgender Absatz eingefügt worden:

„Durch die neuen Bestimmungen sollen die den bis-  
herigen Ministern und ihren Hinterbliebenen zustehen-  
den Ansprüche nicht berührt werden. Was die Dauer und  
Höhe der Übergangsgelder und die Höhe der Ruhegelder  
der beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Amt befind-  
lichen Minister und ihre Hinterbliebenen angeht, so soll es  
so angeordnet werden, als wenn die Minister am Tage vor  
dem Inkrafttreten des Gesetzes aus ihrer Stellung geschieden  
wären.“

Also eine Pensionsgarantie für die Bürgerblut-  
minister! Das ist der Sinn des deutschnationalen Antrages.  
Es sieht die „Sparbarkeit“ der Deutschnationalen aus. Die  
Kommunisten werden den schwarz-weiß-roten Volks-  
betrüggern die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Metallarbeiter fordern vom DWH, daß die Kampfanlage  
der Metallindustrie mit der Ausnahme des Kampfes auf der  
ganzen Linie beibehalten wird. Die sächsischen Metallarbeiter  
sind entschlossen, den Kampf um den Achtstundentag bzw. die  
46-Stundenwoche bis zum Siege durchzuführen. Allgemein wird  
den Kommunisten recht gegeben, die schon am Anfang die Ver-  
breitung des Kampfes verlangten. Die Metallarbeiter sind  
entschlossen, sich keinem Schiedsspruch zu fügen, der nicht die 46-  
Stundenwoche wieder herstellt. Die Erwerbslosen, sowie die  
übrige Arbeiterchaft stehen dem Kampf der Metallarbeiter  
voller Solidarität gegenüber.

## Zum Schiedsspruch in der Textilindustrie

Den sozialdemokratischen Textilarbeitern ist großes Heil  
widerfahren. Einer der führenden der Sozialdemokrat Brandt  
hat als Schlichter der sächsischen Bürgerblutregierung einen  
Schiedsspruch über die Arbeitszeit in der Textilindustrie geföhrt.  
Nach demselben sollen die Textilarbeiter wöchentlich 5 Über-  
stunden für 5 Prozent Zuschlag und Nacharbeit für 15 Prozent  
Zuschlag leisten. Der Schiedsspruch ist ein Faustschlag in das  
Gesicht der um den Achtstundentag ringenden Arbeiterchaft. Er  
reicht sich würdig den Taten an, die die drei sächsischen sozial-  
demokratischen Schlichter bisher vollbracht haben. Für die Ar-  
beiterchaft kann es deshalb nur heißen:

Hinweg mit diesen Verrätern an der Arbeiterchaft!  
Die arbeitereindeutliche Tätigkeit dieser drei Sozialdemokraten  
war auch für die kommunistische Landtagsfraktion der Anlaß,  
bereits im alten Landtag den unten abgedruckten Antrag zu  
stellen. Die Beratung desselben wurde durch den Gefinnungs-  
genossen der drei Schlichter, den damaligen Landtagspräsidenten  
Winkler, der Angehöriger des Textilarbeiterverbandes ist, über  
ein Jahr verschleppt. Am 25. November vorigen Jahres hat  
die Fraktion den Antrag erneut eingebracht. Angefaßt des  
ungeheuerlichen Schiedsspruches für die Textilarbeiterchaft wird  
die Fraktion erneut auf die Beratung des Antrages dringen.  
Er lautet:

Die im Auftrag der sächsischen Regierung tätigen drei  
Schlichter, Regierungsräte Haack, Brandt und Panoscha, beraten  
mit ihrer Tätigkeit immer mehr in Widerspruch zu den organi-  
sierten Arbeitern. In einer ganzen Reihe von Gewerkschafts-  
versammlungen haben die Arbeiter gegen die Schlichter pro-  
testiert, weil alle Sprüche und Rechtsverbindlichkeits-  
erklärungen der Schlichter dem Interesse der sächsischen Unternehmer dienen.  
Die Tätigkeit der Schlichter war nur die geleistete Entföh-  
nung höherer Ausbeutung der Arbeiter zu niedrigeren Löhnen  
und längerer Arbeitszeit. Dem größeren Elend der Arbeiter  
und ihrer Familien wurde der Anreiz der Gewinnsucht wer-  
teln. Die Arbeiterchaft verlangt aber mehr Schutz, höheren  
Lohn, kürzere Arbeitszeit und Mitbestimmungsrecht in den Be-  
trieben. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Die zurzeit in Sachsen tätigen Schlichter Haack, Brandt  
und Panoscha werden von ihren Posten als Schlichter ent-  
fernt.

Inzwischen ist der Schiedsspruch für verbindlich erklärt  
worden.

## Wälfische Resistenz im Tiroler Bergbau

Immer noch, 8. Februar. In den Tiroler staatlichen Berg-  
werken und Montanbetrieben ist heute wegen unerfüllter Lohn-  
forderungen die passive Resistenz ausgebrochen.